

SALAIRE MINIMUM MINDESTLOHN

23.-

Freiburg, den 30. November 2023

Mehr als 8000 Unterschriften für den Mindestlohn!

Heute reicht die Freiburger Koalition für einen Mindestlohn ihre Initiative mit 8107 Unterschriften ein! In der aktuellen Situation sind der Freiburger Gewerkschaftsbund, Unia, der VPOD, Syndicom, der SEV und die Gewerkschaft Syna sowie die Sozialdemokratische Partei, die Sozialistische Jugend, die Grünen, die CSP-Mitte-Links und die Junge Volkspartei nach wie vor von der Notwendigkeit eines Mindestlohns überzeugt.

In unserem Kanton arbeiten fast 9 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Vollzeit, verdienen aber nicht genug, um davon leben zu können. Sie sind nicht in der Lage, ihre Rechnungen zu bezahlen, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Seit Beginn der Ernte hat sich die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht verbessert. Im Gegenteil, mehrere Lohnerhöhungen haben das Budget des Durchschnittsverdieners belastet. Ein weiteres Element, das die Berechtigung unserer Initiative bestätigt.

Die Sammlung war reich an Austausch und ermöglichte es so, die Prekarität im Kanton Freiburg zu messen, und wurde von der Freiburger Bevölkerung mit grossem Interesse aufgenommen. Insbesondere Frauen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sogenannte "Dienstleistungsjobs" ausüben. Arbeitsbedingungen, die oft im Dunkeln bleiben. Auch die Migrantenbevölkerung ist direkt betroffen.

Eine grosse Anzahl von Arbeitsplätzen unterliegt keinem Gesamtarbeitsvertrag. In vielen Branchen sind die Arbeitsbedingungen nicht nur unbefriedigend, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind schlecht.

Die Mindestlohninitiative will konkrete Verbesserungen, um die realen Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu befriedigen. Ein Mindestlohn, würde :

- Einen konkreten Fortschritt in der Sozialpolitik.
- Ein weiterer Schritt in Richtung Lohngleichheit
- Ein Mittel zur Bekämpfung von Lohnunterbietung
- Eine Unterstützung und Stärkung von Tarifverträgen.

Die derzeitige Situation wird die Prekarität nur noch weiter erhöhen und die Kaufkraft weiter untergraben. Mehr denn je ist der Mindestlohn unverzichtbar. Heute bietet die von der Koalition eingereichte Initiative der Bevölkerung die Möglichkeit, sich zu diesem Thema zu äussern und die Prekarität zu beheben. Die Arbeitnehmer müssen von ihrem Einkommen leben können. Sie sind es, die den Wohlstand schaffen, und dieser muss besser verteilt werden.

Milka Ivanovic, für die USF. 076 4000 569,

François Clément, für Unia 076 472 39 35.

Julien Vuilleumier, für die Grünen 079 267 47 38.

Thomas Gremaud für die Sozialistische Partei, 079 108 82 56.

Ernesto Suarez für Syna, 078 804 53 59

Lionel Roche für den VPOD, 079 171 54 52

Nicolas Irus für Syndicom: 076 817 22 42